

**Versorgungskasse
Gothaer Versicherungsbank VVaG
Bericht über das Geschäftsjahr 2012**

Versorgungskasse

Gothaer Versicherungsbank VVaG

**Bericht über das Geschäftsjahr vom
1. Januar bis 31. Dezember 2012**

zur Vorlage bei der 114. ordentlichen Mitgliederversammlung

**Sitz der Gesellschaft
Arnoldiplatz 1
50969 Köln**

Inhaltsverzeichnis

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat	5
Vorstand	7

Bericht des Vorstandes

Lagebericht	9
Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen	16

Jahresabschluss

Jahresbilanz	18
Gewinn- und Verlustrechnung	20
Anhang	21

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	30
---	-----------

Bericht des Aufsichtsrates	32
---	-----------

Aufsichtsrat

Dr. Helmut Hofmeier
Vorsitzender

Vorsitzender des Vorstandes der Gothaer Lebensversicherung AG,

Mitglied des Vorstandes der Gothaer Versicherungsbank VVaG, der Gothaer Finanzholding AG, der Asstel Lebensversicherung AG, der Gothaer Krankenversicherung AG und der Gothaer Allgemeine Versicherung AG, Bergisch Gladbach

Michael Kurtenbach
stellv. Vorsitzender

Vorsitzender des Vorstandes der Gothaer Krankenversicherung AG,

Mitglied des Vorstandes der Gothaer Versicherungsbank VVaG, der Gothaer Finanzholding AG, der Asstel Lebensversicherung AG, der Gothaer Allgemeine Versicherung AG und der Gothaer Lebensversicherung AG, Bornheim

Christof Kessler

Mitglied des Vorstandes der Gothaer Asset Management AG, Köln

Marion Machaczek

Versicherungsangestellte Gothaer Konzern, Rostock

Andreas Weyer

Abteilungsleiter Vertriebsdirektion Fulda Gothaer Konzern, Würzburg

Peter Wieczorek

Versicherungsangestellter Gothaer Konzern, Pulheim

Vorstand

Nicolai Engel
Vorsitzender

Hauptabteilungsleiter Leben Produktmarketing Gothaer Konzern, Köln

Thomas Barann
stellv. Vorsitzender

Hauptabteilungsleiter Personal Gothaer Konzern, Köln

Rainer Schmid

Abteilungsleiter Bilanzsteuerung, Kapitalanlagecontrolling der
Gothaer Asset Management AG, Hürth

Die Aufführung der Mitglieder von Aufsichtsrat und Vorstand stellt gleichzeitig eine Anhangangabe gemäß § 285 Nr. 10 HGB dar.

Lagebericht

Die Versorgungskasse Gothaer Versicherungsbank VVaG ist ein kleinerer Verein im Sinne des § 53 VAG.

Beziehungen zu anderen Unternehmen

Trägerunternehmen der Versorgungskasse waren im Geschäftsjahr gemäß § 2 der zuletzt genehmigten Satzung folgende Unternehmen:

- Gothaer Versicherungsbank VVaG
- Gothaer Finanzholding AG
- Gothaer Allgemeine Versicherung AG
- Gothaer Lebensversicherung AG
- Gothaer Krankenversicherung AG

Gemäß § 3 der Satzung können Mitarbeiter verbundener Unternehmen ebenfalls in die Versorgung einbezogen werden.

Leistung, Finanzierung und Verwaltung

Zweck der Versorgungskasse ist die Gewährung von zusätzlichen Alters-, Dienstunfähigkeits- und Hinterbliebenenrenten sowie ein einmaliges Sterbegeld für Mitarbeiter und ehemalige Mitarbeiter der Trägerunternehmen und von Betriebsangehörigen verbundener Unternehmen, denen eine Zusage über die Versorgungskasse erteilt wurde.

Die Leistungen der Versorgungskasse werden gemäß § 9 der Satzung aus den Zuwendungen der Unternehmen und den Erträgen des Kassenvermögens finanziert. Die Mitglieder der Versorgungskasse haben keine Beiträge zu leisten.

Die Versorgungskasse verfügt über kein eigenes Personal. Die Funktionen Bestandsverwaltung, Leistungsbearbeitung, Rechnungswesen sowie Vermögensverwaltung und -anlage wurden auf Dauer auf die Gothaer Allgemeine Versicherung AG gem. § 5 Abs. 3 Nr. 4 VAG übertragen, welche ihrerseits auf die Fachabteilungen und Dienstleistungsgesellschaften des Gothaer Konzerns zurückgreift. Ein Entgelt für diese Dienstleistung wird nicht gezahlt.

Geschäftsverlauf 2012

Die Versorgungskasse entwickelte sich im Geschäftsverlauf 2012 zufrieden stellend.

Zum Ausgleich der Bilanz mussten die Trägerunternehmen im Geschäftsjahr 5,5 Mio. Euro (Vorjahr: 4,6 Mio. Euro) aufwenden.

Durch den lt. § 9a der Satzung gebildeten nachträglichen Gründungsstock in Höhe von 3,8 Mio. Euro und durch die Verlustrücklage in Höhe von 10,8 Mio. Euro erfüllt die Versorgungskasse die Solvabilitätsanforderungen gemäß § 53c VAG.

Versicherungsbestand

Ende des Geschäftsjahres bezogen 1.463 (Vorjahr: 1.428) ehemalige Mitarbeiter Invaliden- oder Altersrenten aus der Versorgungskasse. Die Rentensumme betrug zum Jahresende 12.854 Tsd. Euro. Zusätzlich zahlte die Versorgungskasse an 311 Witwen und 47 Witwer Hinterbliebenenrenten mit einer Rentensumme von 2.404 Tsd. Euro sowie 16 Waisenrenten mit einer Rentensumme von 13 Tsd. Euro. Diese Rentensummen entsprechen dem 12fachen Betrag der im Dezember 2012 gezahlten Monatsrenten.

Ende 2012 waren 2.097 Personen als Anwärter in der Versorgungskasse versichert. Gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl der Anwärter um 69 gesunken. Dieser Rückgang ist in erster Linie auf Abgänge durch Erreichen der Altersgrenze (66 Personen) begründet.

Von den Versicherungen waren 817 (Vorjahr: 842) beitragsfrei gestellt, da die Versicherten nicht mehr bei einem Trägerunternehmen oder bei einem verbundenen Unternehmen arbeiten, aber vor dem Ausscheiden unverfallbare Ansprüche erworben hatten.

Kapitalanlagen

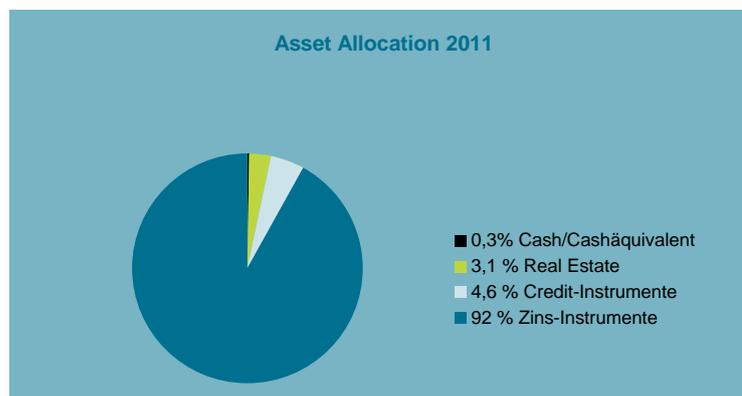
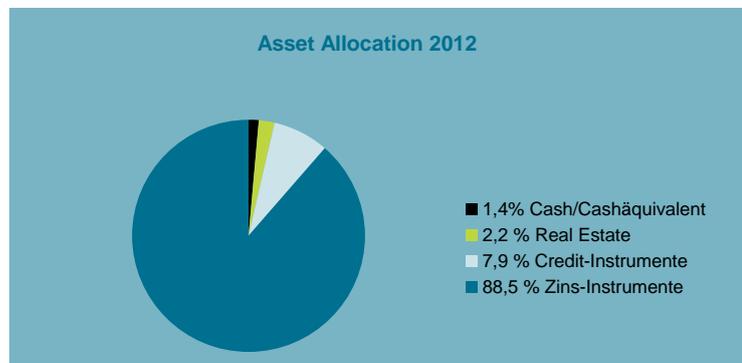
Das zentrale Ziel der Kapitalanlagestrategie der Versorgungskasse ist die Erwirtschaftung einer im Wettbewerbsumfeld robusten und nachhaltigen Rendite. Dies wird durch die konsequente Anwendung eines risikoadjustierten Performanceansatzes sichergestellt, der das Ziel verfolgt, den Kapitalanlagebestand unter Rendite-/Risikogesichtspunkten und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit zu optimieren. Die Kapitalanlagestrategie ist auf die Erfüllung der versicherungstechnischen Anforderungen an Ertrag, Liquidität und Sicherheit der Kapitalanlagen ausgelegt. Auch im Jahr 2012 setzte die Versorgungskasse ihre langjährige, weitgehend auf stabile, laufende Erträge ausgerichtete Kapitalanlagepolitik konsequent fort. Schwerpunkt dieser Strategie ist es einerseits, attraktive Renditen auch im aktuellen Marktumfeld zu erwirtschaften und andererseits durch eine breite Diversifikation der unterschiedlichen Kapitalanlagearten eine größtmögliche Streuung der Risiken und damit eine Reduktion des Gesamtrisikos zu bewirken.

Neben Schuldscheindarlehen gehören Namenspfandbriefe und in geringem Umfang auch Inhaberpapiere zu unserem Rentenbestand. Der gesamte Rentenbestand wird seit Jahren wie Anlagevermögen behandelt. Die Bewertung erfolgt anhand des gemilderten Niederstwertprinzips. Dies hat zur Folge dass temporäre Wertschwankungen aus Zins- oder Spreadbewegungen keinen bilanziellen Einfluss haben.

Die Entwicklung der Staatsschuldenkrise in der Eurozone beeinflusste maßgeblich die Kapitalmärkte im Jahr 2012. Durch die Unsicherheit über den Verbleib Griechenlands in der Eurozone markierte die Rendite für Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren im Mai ein neues historisches Tief von 1,2 % und lag damit über 60 Basispunkte unter dem Jahresendstand 2011. Von ihrem Zinstief Mitte des Jahres ist die Rendite im Laufe des

weiteren Jahres allerdings nur leicht gestiegen und lag zum Jahresende bei rund 1,3 %. Gleichzeitig sind im Jahresverlauf die Renditen von Staatsanleihen europäischer Peripherieländer zurückgegangen. Diese Entwicklungen setzten ein, nachdem sich für Spanien ein Hilfspaket zur Rekapitalisierung seiner Banken abzeichnete und die EZB ankündigte, unter bestimmten Voraussetzungen in unbegrenztem Umfang Staatsanleihen der Mitgliedstaaten der Eurozone zu erwerben.

Der Kapitalanlagenbestand der Versorgungskasse hat sich auf Buchwertbasis im Berichtsjahr um rund 0,6 Mio. Euro auf 267,1 Mio. Euro (+0,2 %) erhöht. Die Nettobewertungsreserven auf Gesamtportfolioebene haben sich aufgrund der positiven Marktentwicklung sehr stark auf 27,5 Mio. Euro (Vorjahr: 18,0 Mio. Euro) verbessert. Die Zusammensetzung der Kapitalanlagen bei der Versorgungskasse stellt sich zum Jahresabschluss auf Marktwertbasis wie folgt dar:



Auch im Jahr 2012 wurde die Kapitalanlagestrategie im Wesentlichen fortgeführt, so dass sich die Asset Allocation der Gesellschaft nur geringfügig verändert hat. Das Kapitalanlageergebnis ist nur in geringem Umfang von den schwankenden Märkten betroffen gewesen und profitierte von den hohen laufenden Erträgen. Hinzu kamen taktische Gewinnrealisationen bei Zinsinstrumenten, die einen deutlich positiven außerordentlichen Ergebnisbeitrag bewirkten (2,4 Mio. Euro). Auf Gesamtjahresbasis konnte somit trotz des schwierigen Kapitalmarktumfelds in Summe ein im Vergleich zum Vorjahr erhöhtes Kapitalanlageergebnis in Höhe von 11,8 Mio. Euro (Vorjahr: 10,7 Mio. Euro) erzielt werden. Dies entspricht einer verbesserten Nettoverzinsung in Höhe von 4,4 % (Vorjahr: 4,1 %).

Eigenkapital

Gemäß § 9a der Satzung besteht ein Gründungsstock in Höhe von 3,8 Mio. Euro sowie eine Verlustrücklage gemäß § 37 VAG von 10,8 Mio. Euro.

Überschuss

Aus dem in 2012 erwirtschafteten Rohüberschuss wurden gemäß § 17 Abs. 1 der Satzung 1,5 Mio. Euro in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung eingestellt. Der Jahresüberschuss von 2,8 Mio. Euro wurde in voller Höhe der Verlustrücklage zugeführt.

Im Geschäftsjahr angebotene Versicherungsarten

Die Versorgungskasse gewährt ausschließlich Ruhe- und Hinterbliebenenleistungen sowie Sterbegelder nach den Bestimmungen der Satzung der Versorgungskasse.

Risiken der künftigen Entwicklung

Allgemeine

Risikosituation

Aufgrund des vom Vorstand gemäß § 91 Abs. 2 AktG eingerichteten Überwachungssystems sind für die Gesellschaft das versicherungstechnische Risiko, das Kapitalanlagerisiko (Marktrisiko, Kreditrisiko, Liquiditätsrisiko) sowie das operative Risiko als Risiken identifiziert worden. Darüber hinaus besteht ein wesentliches Risiko für die Gesellschaft, dass die Trägerunternehmen ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können.

Die Gesellschaft greift bei Bedarf auf die entsprechenden Fachabteilungen (z.B. Produkt- und Pensionsmanagement, Personal, Rechnungswesen, Recht, Steuern) der Trägerunternehmen zu und minimiert hierdurch operative Risiken.

Die Bestandsverwaltung ist komplett auf die zum Gothaer Konzern gehörende Pensus Pensionsmanagement GmbH ausgelagert.

Die aktuariellen Dienstleistungen werden seit 2009 von der zum Konzern gehörenden GBG Consulting für betriebliche Altersversorgung GmbH erstellt. Das versicherungstechnische Risiko, insbesondere die Langlebigkeit der Kassenmitglieder, wird bei der regelmäßigen Erstellung des versicherungsmathematischen Gutachtens ausreichend berücksichtigt.

Zinsgarantierisiko

Auf Grund der Niedrigzinsphase können sich Risiken im Hinblick auf die eingegangenen Verpflichtungen ergeben und eine zusätzliche Stärkung der Deckungsrückstellung nicht ausgeschlossen werden.

Die Angemessenheit des geschäftsplanmäßigen Rechnungszinses wird jährlich geprüft. Der geschäftsplanmäßige Rechnungszins von 3,5 % ist derzeit ausreichend bemessen.

Risiken aus Kapitalanlagen

Kapitalanlagerisiken

Die Vermögensverwaltung und -anlage ist auf die zum Konzern gehörende Gothaer Asset Management AG übertragen. Aus den Kapitalanlagen ergeben sich folgende Risiken:

Risikostrategie

Die Risikostrategie im Kapitalanlagenbereich ist eingebettet in einen risikoadjustierten Steuerungsansatz, der potenzielle Ertragschancen vor dem Hintergrund etwaiger Risiken konsequent berücksichtigt. Voraussetzung hierfür ist ein funktionierendes Risikomanagement, das durch den Einsatz moderner Controllingssysteme einerseits die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben erfüllt, andererseits aber auch die Einhaltung der selbst auferlegten zusätzlichen und zum Teil restriktiveren Risikolimits sicherstellt. Im Sinne der Mischung und Streuung und zur Verbesserung der Risiko-/Ertrags-Relation legt die Versorgungskasse großes Gewicht auf die Entkorrelierung der Kapitalanlagen.

**Risikolage und
-management****Marktänderungsrisiko**

Kapitalanlagen sind der Gefahr möglicher Wertverluste aufgrund von Zins-, Aktienkurs- oder Wechselkursveränderungen an den internationalen Finanzmärkten ausgesetzt. Das Management der Marktpreisrisiken wird durch regelmäßige stochastische und deterministische Modellrechnungen unterstützt. In regelmäßigen Abständen wird zur Messung des Risikopotenzials der Kapitalanlagenbestand Stressszenarien ausgesetzt.

Die Simulation des Zinsänderungsrisikos im Sinne des Rechnungslegungsstandard DRS 5-20 ergibt für die Versorgungskasse folgende Werte: Ein Parallelanstieg der Zinskurve um 1 % bei einer Modified Duration von 6,3 führt bezogen auf den Jahresendbestand zu einer Verminderung der Marktwerte der zinstragenden Titel von 19 Mio. Euro. (Vorjahr: 15 Mio. Euro).

Die Gesellschaft hält kein Risikokapital im weiteren Sinne (Aktien, Beteiligungen und Alternative Investments), d.h. ein Aktienstress bleibt ohne Wirkung. Es bestehen lediglich in geringem Umfang Preisrisiken aus Immobilien.

Kredit-/Bonitätsrisiko

Unter dem Kredit-/Bonitätsrisiko wird die Gefahr der Insolvenz und des Zahlungsverzuges, aber auch die der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners bzw. Emittenten verstanden. Im Sinne der Risikosteuerung ist der Erwerb von Zinsanlagen nur möglich, wenn eine qualifizierte Einstufung der Bonität mit Hilfe externer Agenturen wie Standard & Poor's, Moody's oder Fitch oder ein qualifiziertes internes Rating zur Verfügung steht. Die Kreditrisiken werden breit gestreut, um Konzentrationsrisiken zu vermeiden.

Das Kapitalanlageportfolio besteht zum Jahresende auf Buchwertbasis zu rund 97,6 % aus Festzinspapieren (Vorjahr: 96,7 %). Der Festzinsbestand weist insbesondere wegen des Zinsrückgangs eine gegenüber dem Vorjahr deutlich verbesserte Reservesituation aus (+9,5 Mio. Euro). Das Bankenexposure der Gesellschaft ist ausschließlich erstklassig gesichert (Pfandbriefe, Gewährträgerhaftung).

Trotz anhaltend massiven Downgrades der externen Ratingagenturen hat sich gemessen an der Verteilung der Ratings das Kreditrisiko im Portfolio kaum verändert. Der Anteil der Titel mit Investment Grade Rating liegt unverändert bei 100 %. Rund 98,2 % (-1,8 %) des Festzinsportfolios sind in Papiere mit einem A-Rating oder besser investiert; 62,3 % (-1,0 %) sind mit einem AAA-Rating ausgestattet.

Liquiditätsrisiko

Die Gefahr, die Zahlungsverpflichtungen des Unternehmens aufgrund nicht ausreichend vorhandener Zahlungsmittel nicht erfüllen zu können, wird als Liquiditätsrisiko bezeichnet. Eine unternehmensweite detaillierte Liquiditätsplanung stellt eine taggenaue Projektion der Kassenbestände sicher. So kann bereits frühzeitig bei angezeigten Liquiditätsspitzen gewährleistet werden, dass die notwendige Liquidität durch Verkäufe von marktgängigen Wertpapieren dargestellt werden kann. Im Jahr 2012 sind zu keiner Zeit Liquiditätsengpässe aufgetreten.

Stresstest

Die Versorgungskasse besteht den von der BaFin geforderten Stress-Test in allen vier Varianten. Diese Stress-Tests simulieren – basierend auf Bilanzdaten – sehr negative Kapitalmarktveränderungen z. T. parallel für Aktien und festverzinsliche Wertpapiere bzw. Immobilien und betrachten die bilanziellen Auswirkungen für das Versicherungsunternehmen. Zielhorizont ist dabei der nächste Bilanzstichtag. Die Überdeckung ist Ausdruck der Risikotragfähigkeit und Stabilität des Unternehmens.

Zur Beherrschung der Kapitalanlagerisiken wird der Vorstand der Gesellschaft monatlich im Rahmen des R4/2011 über die Entwicklung der Kapitalanlagen informiert und kann bei Bedarf Einfluss nehmen.

Operationelle Risiken

Sowohl die für uns tätigen Fachabteilungen als auch die Konzerndienstleistungsgesellschaften werden regelmäßig von der Konzernrevision überprüft. Da die Trägerunternehmen der Kasse Versicherungsunternehmen im Gothaer Konzern sind, besteht auch für diese ein Risikoüberwachungs- und Risikosteuerungssystem. Hierdurch wird deren Zahlungsausfallrisiko deutlich verringert.

Fazit

Die getroffenen Maßnahmen sind geeignet, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Entwicklungen früh zu erkennen und ggf. Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Prognosebericht

Die Versorgungskasse wurde für Mitarbeiter, die nach dem 31. Dezember 1997 bei den Trägerunternehmen eingetreten sind geschlossen. Daher werden die Verpflichtungen langfristig sinken. Darüber hinaus ergeben sich aufgrund unserer Geschäftstätigkeit keine wesentlichen Chancen.

Im Rahmen der Planung für das Geschäftsjahr 2013 wird für den Kapitalanlagenstand nur von unwesentlichen Veränderungen ausgegangen. Vor dem Hintergrund sinkender Renditen sollte sich die Nettorendite auf 4,0 % reduzieren.

Die Verschmelzung der Pensionskasse der BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen nach den Vorschriften der §§ 2 Nr. 1, 4 ff., 109 ff., 118 f. UmwG, §§ 11-13 UmwStG als Ganzes auf die übernehmende Versorgungskasse Gothaer Versicherungsbank VVaG konnte 2012 nicht durchgeführt werden. Während die Mitgliederversammlung der Versorgungskasse

Gothaer Versicherungsbank VVaG dem Verschmelzungsvorhaben zugestimmt hat, wurde die für den Verschmelzungsbeschluss erforderliche Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen gemäß § 112 Abs. 3 UmwG bei der Pensionskasse der BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen nicht erreicht. Es besteht aber weiterhin die Absicht, die Pensionskasse der BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen nach den Vorschriften der §§ 2 Nr. 1, 4 ff., 109 ff., 118 f. UmwG, §§ 11-13 UmwStG als Ganzes auf die übernehmende Versorgungskasse Gothaer Versicherungsbank VVaG zu verschmelzen.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Versicherungsbestand

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2012

	Anwärter		Invaliden- und Altersrente		Summe der Jahresrenten ²⁾ EUR
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	1.185	981	835	593	10.714.535
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	3	6	51	25	1.461.515
2. Sonstiger Zugang ¹⁾	0	0	0	0	989.987
3. Gesamter Zugang	3	6	51	25	2.451.502
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	1	3	26	15	312.022
2. Beginn der Altersrente	48	18	0	0	0
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	2	6	0	0	0
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	0	0	0	0	0
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	0	0	0	0	0
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	0	0	0	0	0
7. Sonstiger Abgang	0	0	0	0	0
8. Gesamter Abgang	51	27	26	15	312.022
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	1.137	960	860	603	12.854.015
davon					
1. Beitragsfreie Anwartschaften	380	437	0	0	0
2. In Rückdeckung gegeben	0	0	0	0	0

¹⁾ z.B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente.

²⁾ Einzusetzen ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt.

Hinterbliebenenrente					
Witwen Anzahl	Witwer Anzahl	Waisen Anzahl	Summe der Jahresrenten ²⁾		
			Witwen EUR	Witwer EUR	Waisen EUR
306	43	14	2.021.190	138.113	8.181
26	6	2	160.794	25.350	4.728
0	0	0	202.349	3.664	96
26	6	2	363.143	29.014	4.824
21	2	0	139.269	8.596	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
21	2	0	139.269	8.596	0
311	47	16	2.245.064	158.531	13.005
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2012

Aktivseite

	in EUR	
	2012	2011
A. Kapitalanlagen		
Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	6.368.524,50	8.685.643,00
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	27.542.856,90	7.485.270,00
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	390.193,24	540.982,33
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	80.000.000,00	104.000.000,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>148.615.924,81</u>	<u>144.921.657,65</u>
	228.615.924,81	248.921.657,65
5. Einlagen bei Kreditinstituten	<u>4.150.000,00</u>	<u>800.000,00</u>
	267.067.499,45	266.433.552,98
B. Forderungen		
Sonstige Forderungen	18.734,15	18.728,42
C. Sonstige Vermögensgegenstände		
Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	150.158,19	102.444,05
D. Rechnungsabgrenzungsposten		
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	5.734.787,01	4.989.512,39
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	<u>3.270.246,46</u>	<u>3.403.160,77</u>
	9.005.033,47	8.392.673,16
Summe der Aktiva	276.241.425,26	274.947.398,61

Passivseite

			in EUR	
		2012		2011
A. Eigenkapital				
I. Gründungsstock		3.800.000,00		5.300.000,00
II. Gewinnrücklagen				
Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		10.759.705,04		8.001.282,91
III. Bilanzgewinn		<u>0,00</u>		<u>0,00</u>
		14.559.705,04		13.301.282,91
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Deckungsrückstellung		259.674.401,00		260.137.147,00
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		11.360,00		9.940,00
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgs- unabhängige Beitragsrückerstattung		<u>1.500.000,00</u>		<u>1.000.000,00</u>
		261.185.761,00		261.147.087,00
C. Andere Rückstellungen				
Sonstige Rückstellungen		3.000,00		3.300,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>492.959,22</u>		<u>495.728,70</u>
Summe der Passiva		276.241.425,26		274.947.398,61

Es wird bestätigt, dass die in der Jahresbilanz unter Position B. I. der Passivseite eingestellte Deckungsrückstellung in Höhe von 259.674.401,00 Euro nach dem am 17.08.2011 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist.

Köln, den 22. Februar 2013

Burtscheidt

Verantwortlicher Aktuar

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Köln, den 22. Februar 2013

Bertrams

Treuhänder

Gewinn und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	in EUR	
	2012	2011
I. Versicherungstechnische Rechnung		
1. Verdiente Beiträge		
Gebuchte Beiträge	5.540.300,28	4.614.091,85
2. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	9.388.581,62	10.024.775,15
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>3.632.056,65</u>	<u>1.238.202,73</u>
	13.020.638,27	11.262.977,88
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle		
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	13.250.872,23	12.821.988,25
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	<u>1.420,00</u>	<u>1.420,00</u>
	13.252.292,23	12.823.408,25
4. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen		
Deckungsrückstellung	-462.746,00	-320.939,00
5. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung	1.500.000,00	1.000.000,00
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		
Verwaltungsaufwendungen	859,46	812,75
7. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	4.623,02	2.725,72
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	<u>1.255.762,90</u>	<u>537.876,20</u>
	1.260.385,92	540.601,92
8. Versicherungstechnisches Ergebnis	<u>3.010.146,94</u>	<u>1.833.185,81</u>
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	764,58	1.380,54
2. Sonstige Aufwendungen	<u>252.489,39</u>	<u>267.133,82</u>
	-251.724,81	-265.753,28
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	<u>2.758.422,13</u>	<u>1.567.432,53</u>
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	8.067,97
5. Jahresüberschuss	<u>2.758.422,13</u>	<u>1.559.364,56</u>
6. Einstellung in Gewinnrücklagen		
In die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	<u>2.758.422,13</u>	<u>1.559.364,56</u>
7. Bilanzgewinn	0,00	0,00

Anhang Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Allgemeines

Der Jahresabschluss ist nach den für Versicherungsunternehmen geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Aktiengesetzes (AktG), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

Kapitalanlagen

Investmentanteile werden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit den Anschaffungskosten, gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 4 HGB auf den Börsenkurs bzw. Rücknahmepreis, bewertet. Bei einer Werterholung erfolgen Zuschreibungen im Sinne von § 253 Abs. 5 HGB.

Die Bewertung der Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die wie Anlagevermögen bewertet werden, erfolgt zu Anschaffungskosten. Abschreibungen erfolgen gemäß § 253 Abs. 3 HGB nur bei einer dauerhaften Wertminderung. Bei Papieren mit einem Kaufkurs über 100 % wird der Buchwert ratierlich über die Laufzeit aufwandswirksam gegen den laufenden Ertrag gemindert. Für Papiere, die zu einem Kaufkurs unter 100 % erworben wurden, wird von der Möglichkeit einer ratierlichen ertragswirksamen Bestandserhöhung abgesehen. Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 HGB werden vorgenommen, wenn der Grund für die Wertminderung wieder entfallen ist.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit den Anschaffungskosten, gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 4 HGB auf den Börsenkurs bzw. Rücknahmepreis, bewertet. Bei einer Werterholung erfolgen Zuschreibungen im Sinne von § 253 Abs. 5 HGB.

Namensschuldverschreibungen werden nach § 341c HGB zum Nennwert abzüglich geleisteter Tilgungen bilanziert. Disagioträge werden passivisch, Agioträge aktivisch abgegrenzt und unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt.

Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Unterschiedsbeträge zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag dieser Papiere werden grundsätzlich nach der Effektivzinsmethode amortisiert.

Namensschuldverschreibungen, Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen werden regelmäßig auf Werthaltigkeit geprüft. Bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung erfolgt eine Abschreibung auf den beizulegenden Wert, bei Wegfall der Wertminderung eine Zuschreibung bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungskosten.

Für die Zeitwertermittlung sämtlicher standardmäßiger Namensschuldverschreibungen, Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen wird eine mark-to-model-Bewertung herangezogen. Mit Hilfe des konzerneinheitlichen Kapitalanlagen-Nebenbuches werden alle relevanten Papiere mit einer geeigneten stichtagsbezogenen Swapkurve zuzüglich eines wertpapierindividuellen Spreads bewertet. Papiere die nicht standardmäßig einer der vordefinierten Gruppen zugeordnet werden können wie z.B. Namensgenussscheine, werden einer gesonderten individuellen mark-to-model-Bewertung unterzogen.

Einlagen bei Kreditinstituten wurden mit dem Nennwert bilanziert.

Andere Aktiva

Die übrigen, nicht einzeln erwähnten Aktivposten sind grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Deckungsrückstellung zum 31.12.2012 ist im Rahmen eines versicherungsmathematischen Gutachtens des versicherungsmathematischen Sachverständigen (GBG Consulting für betriebliche Altersversorgung GmbH, Hamburg) nach Maßgabe der entsprechenden Regelungen im technischen Geschäftsplan der Versorgungskasse, zuletzt genehmigt am 17. August 2011, ermittelt und in den Jahresabschluss der Versorgungskasse übernommen worden.

Als biometrische Rechnungsgrundlagen dienten die nach Maßgabe des technischen Geschäftsplans modifizierten Richttafeln 1998 von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 3,5 %.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird in Höhe der fälligen Beträge gebildet.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

Aktivposten

Entwicklung der
Aktivposten
im Geschäftsjahr 2012

	Bilanzwerte Vorjahr	Anteil in %	Zugänge
Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	8.686	3,3	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.485	2,8	21.568
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	541	0,2	0
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	104.000	39,0	8.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	144.922	54,4	31.466
5. Einlagen bei Kreditinstituten	800	0,3	3.350
Insgesamt	266.434	100,0	64.384

						in Tsd. EUR
Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr	Anteil in %	
0	1.061	0	1.256	6.369	2,4	
0	1.511	0	0	27.542	10,3	
0	151	0	0	390	0,1	
0	32.000	0	0	80.000	30,0	
0	27.772	0	0	148.616	55,6	
0	0	0	0	4.150	1,6	
0	62.495	0	1.256	267.067	100,0	

Gegenüberstellung der Buch- und Zeitwerte der Kapitalanlagen

	in Tsd. EUR		
	Buchwert	Zeitwert	Bewertungsreserve
Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	6.369	6.369	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	27.542	28.446	904
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	390	420	30
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	80.000	91.347	11.347
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	148.616	163.837	15.221
5. Einlagen bei Kreditinstituten	4.150	4.150	0
Insgesamt	267.067	294.569	27.502

In den unter 1. und 2. angegebenen Posten sind Investmentfonds, Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 27.542 Tsd. Euro enthalten, die nach § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind. Der Zeitwert dieser Anlagen beträgt insgesamt 28.446 Tsd. Euro die stillen Lasten betragen 0 Tsd. Euro.

Zur Ermittlung der Zeitwerte verweisen wir auf unsere Aussagen in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Es werden Kapitalanlagen zu Anschaffungskosten von 272.551 Tsd. Euro mit ihren beizulegenden Zeitwerten von 294.569 Tsd. Euro in die Überschussbeteiligung einbezogen. Am 31.12.2012 betrug der Saldo aus Anschaffungskosten und beizulegenden Zeitwerten 22.018 Tsd. Euro.

Rechnungsabgrenzungsposten-

Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Hierbei handelt es sich um noch nicht fällige Zinsforderungen.

Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Der sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten enthält vorausgezahlte Pensionen für das Jahr 2013 in Höhe von 1.124 Tsd. (Vorjahr: 1.109 Tsd. Euro) sowie Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen in Höhe von 2.146 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.295 Tsd. Euro).

Passivposten

Eigenkapital	Der gemäß § 9a der Satzung bestehende nachträglich gebildete Gründungsstock in Höhe von 5.300 Tsd. Euro, wurde gemäß Vorstandbeschluss vom 9. Oktober 2012 um 1.500 Tsd. Euro getilgt und hat sich somit auf 3.800 Tsd. Euro reduziert. Die lt. § 17 Abs. 1 der Satzung bestehende Verlustrücklage, hat sich durch die Zuführung aus dem Jahresüberschuss um 2.758 Tsd. Euro auf 10.760 Tsd. Euro erhöht.
Versicherungstechnische Rückstellungen	
Deckungsrückstellung	Die Deckungsrückstellung wurde auf der Grundlage des aufsichtsbehördlich genehmigten Geschäftsplanes nach anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik zum 31. Dezember 2012 berechnet.
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	Sie beinhaltet fälliges, noch nicht ausgezahltes Sterbegeld. Die Rückstellung ist für jeden Versicherungsfall einzeln ermittelt.
Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	Aus dem in 2012 erwirtschafteten Rohüberschuss wurden gemäß § 17 Absatz 1 der Satzung 1.500 Tsd. Euro in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung eingestellt. Die im Vorjahr eingestellten 1.000 Tsd. Euro wurden zur Beitragsreduktion für die Trägerunternehmen verwendet.
Andere Rückstellungen	
Sonstige Rückstellungen	Bei dem hier ausgewiesenen Betrag handelt es sich um Kosten der Wirtschaftsprüfer mit 2.500 Euro und um Kosten für die Veröffentlichung des Jahresabschlusses mit 500 Euro.
Rechnungsabgrenzungsposten	Der passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält Disagiobeträge aus Namensschuldverschreibungen in Höhe von 493 Tsd. Euro (Vorjahr: 496 Tsd. Euro).

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Verdiente Beiträge

	in Tsd. EUR	
	2012	2011
Laufende Beiträge	4.817	3.722
End-Einmalbeiträge	723	892
	5.540	4.614

Die verdienten Beiträge werden ausschließlich von den Trägerunternehmen entrichtet.

Aufwendungen für Versicherungsfälle

	in Tsd. EUR	
	2012	2011
Altersrenten	10.648	10.328
Invalidenrenten	333	298
Witwen-, Witwer- und Waisenrente	2.202	2.139
Sterbegelder	53	57
Versorgungsausgleich	15	0
	13.251	12.822

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die gesamten sächlichen Verwaltungsaufwendungen betragen 859 Euro, weitere Verwaltungsaufwendungen fielen nicht an, da die Gothaer Allgemeine Versicherung AG diese Dienstleistungen unentgeltlich erbringt.

Sonstige Angaben

Gesamthonorar des Abschlussprüfers Das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar betrug gem. § 285 Nr. 17 HGB für Abschlussprüferleistungen 12.182 Euro. Andere Bestätigungsleistungen, Steuerberatungsleistungen oder sonstige Leistungen wurden nicht in Anspruch genommen.

Persönliche Aufwendungen Persönliche Aufwendungen fallen nicht an, da die Gesellschaft über kein eigenes Personal verfügt.

Da der Aufsichtsrat und der Vorstand der Versorgungskasse die Aufgaben unentgeltlich ausführen, fallen keine Aufwendungen für Bezüge des Aufsichtsrates und des Vorstandes an. An Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes wurden im Berichtsjahr keine Kredite gewährt.

Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes Die Gremien der Gesellschaft sind am Anfang dieses Berichtes aufgeführt.

Köln, den 25. Februar 2013

Der Vorstand

Nicolai Engel

Thomas Barann

Rainer Schmid

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Versorgungskasse Gothaer Versicherungsbank VVaG, Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-,

Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, den 4. März 2013

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Dahl
Wirtschaftsprüfer

Dr. Rohlf
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat während des Geschäftsjahres die Geschäftsführung fortlaufend entsprechend der ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben überwacht. Er ist durch den Vorstand laufend über die Entwicklung und Lage der Kasse sowie über die Risikokontrolle und Risikosituation unterrichtet worden. Im Geschäftsjahr 2012 hielt der Aufsichtsrat zwei ordentliche Sitzungen ab.

Gegenstand der Erörterungen waren regelmäßig die Beitrags- und Zinsentwicklung der Kasse mit den daraus resultierenden Konsequenzen für den Jahresabschluss. Des Weiteren informierte der Vorstand den Aufsichtsrat über die grundsätzlichen Fragen der Planung.

Ein besonderes Augenmerk des Aufsichtsrates galt der Kapitalanlagestrategie, den Maßnahmen zur Sicherstellung der erforderlichen Nettoverzinsung und zur Finanzierbarkeit der Langlebigkeit. Darüber hinaus standen die Anforderungen im Hinblick auf die Eigenkapitalausstattung und die Deckungsrückstellung sowie die Einhaltung der aus MaRisk resultierenden Mindestanforderungen an das Risikomanagement im Fokus der Berichterstattung.

Im Mittelpunkt der Berichterstattung des Vorstandes und der Beratungen des Aufsichtsrates standen insbesondere die möglichen Gestaltungsvarianten zur Optimierung der Versorgungswerke innerhalb des Gothaer Konzerns. In diesem Zusammenhang hat der Aufsichtsrat der Mitgliederversammlung in deren ordentlichen Sitzung am 28. Juni 2012 vorgeschlagen, die Pensionskasse der BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen auf die Versorgungskasse Gothaer Versicherungsbank VVaG zu verschmelzen. Während die Mitgliederversammlung der Versorgungskasse Gothaer Versicherungsbank VVaG dem Verschmelzungsvorhaben zugestimmt hat, wurde die für den Verschmelzungsbeschluss erforderliche Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen gemäß § 112 Abs. 3 UmwG bei der Pensionskasse der BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen nicht erreicht. Die Verschmelzung konnte indessen nicht durchgeführt werden.

Die von der Prüfungsgesellschaft vorgenommenen Prüfungen haben ergeben, dass das Rechnungswesen, der Jahresabschluss und der Lagebericht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

Die Prüfungsgesellschaft hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Die Prüfung des Lageberichts und des Jahresabschlusses durch den Aufsichtsrat haben keinen Anlass zu Beanstandungen ergeben.

Zu dem Bericht der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, vom 4. März 2013 hat der Aufsichtsrat keine besonderen Bemerkungen zu machen. Die Abschlussprüfer und der verantwortliche Aktuar haben an der Bilanz-Aufsichtsratssitzung teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung berichtet.

Der Aufsichtsrat billigt die Berichte des Vorstandes und den Jahresabschluss 2012.

Abschließend möchte der Aufsichtsrat dem gesamten Vorstand Dank und Anerkennung für seine wertvollen Leistungen im vergangenen Geschäftsjahr aussprechen.

Köln, den 26. April 2013

Der Aufsichtsrat

Dr. Helmut Hofmeier
Vorsitzender

Versorgungskasse
Gothaer Versicherungsbank VVaG
Arnoldiplatz 1
50969 Köln

Tel. 0221 308-00
Fax 0221 308-103
www.gothaer.de